



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

noté

o.713.80-HER/SKI

Bern, den 16. März 1990

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Konsultationen des Direktors der DIO
in Moskau, 1. und 2. März 1990

Verteiler: Schweizerische Botschaften in:

- Belgrad	- Paris
- Berlin	- Prag
- Bonn	- Rom
- Budapest	- Sofia
- Bukarest	- Wien
- London	- Warschau
- Moskau	- Washington

Schweizerische Missionen in:

- New York	- Wien
- Genf	- Brüssel

Schweizerische Delegationen in:

- Genf	- Paris, UNESCO
- Paris, OECD	

Schweizerische Vertretung beim Europarat:

- Strassburg

EVD:

- BAWI, Mittel- und Osteuropäische Länder, ECE/UNO
- BAWI, Dienst für Entwicklungsfragen

EDI:

- Bundesamt für Kulturpflege
- Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
- Bundesamt für Bildung und Wissenschaft
- Bundesamt für Gesundheitswesen

EMD:

- Abteilung für Friedenspolitische Massnahmen

EJPD:

- Bundesamt für Polizeiwesen



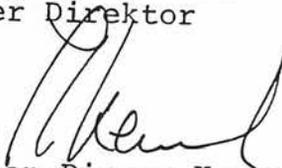
EDA:

- Sekretariat BRF
- Sekretariat JAC
- PA I
- PA II
- PA III
- Politisches Sekretariat
- Finanz- und Wirtschaftsdienst
- Direktion für Völkerrecht
- DEH
- DEH, multilaterale Angelegenheiten
- DVA
- DIO, Berater für europäische Weltraumzusammenarbeit
- DIO, Internationale wissenschaftliche Angelegenheiten
- DIO, Sektion internationale Umweltangelegenheiten
- DIO, UNO/IO
- DIO, Kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten
- DIO, Sekretariat UNESCO-Kommission
- KJP, GWB, HER, DUC

Konsultationen des Direktors der DIO
in Moskau, 1. und 2. März 1990

Als Beilage erhalten Sie zu Ihrer Information Notizen über die Gespräche des Unterzeichneten in Moskau. Die Konsultationen gaben Gelegenheit, mit den zuständigen sowjetischen Vertretern einen umfassenden Gedankenaustausch im Bereich der internationalen Organisationen, des Umweltschutzes, der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und der Kultur zu pflegen. Dabei bestätigte sich der Eindruck, dass sich die Sowjetunion nach einer langen Phase ideologischer Stagnation zu einem wichtigen multilateralen Verhandlungspartner entwickelt hat.

Direktion für internationale
Organisationen
Der Direktor



Jean-Pierre Keusch

Beilagen: - Liste der sowjetischen Gesprächspartner
und der schweizerischen Delegation
- Gesprächsaufzeichnungen

Liste des interlocuteurs soviétiques

- Premier Vice-Ministre des Affaires étrangères Ju. M. VORONCOV
- Ambassadeur A.V. KOZYREV, Chef du Département des Organisations internationales, MID
- Ambassadeur B.P. KRASULIN, Premier adjoint du Chef du Département des Organisations internationales du MID
- Ambassadeur A.I. GLUCHOV, Département des Relations culturelles
- Ministre A.I. JOUCHOV, Suppléant du secrétaire général de la Commission nationale de l'URSS pour l'UNESCO
- Ministre B.G. MAJORSKIJ, Direction de la Coopération scientifique et technique internationale, MID
- Ministre Ja.A. OSTROVSKIJ, Chef adjoint du Département du Droit international et des Traités, MID
- M.J. SAVOST'JANOV, Conseiller, Département des Relations économiques internationales, MID
- G.A. ARISTOV, Département des Organisations internationales, MID

Délégation suisse

- Ambassadeur Jean-Pierre KEUSCH, Chef de la Direction des organisations internationales
- Ambassadeur Francis PIANCA, Ambassadeur de Suisse à Moscou
- Erwin H. Hofer, Chef de la Section des Nations Unies et des Organisations internationales

ont assisté partiellement aux entretiens:

- Ministre Stefan SPECK (entretien avec Ambassadeur Kozyrev)
- Heidi TAGLIAVINI, Première secrétaire (entretien avec Ambassadeur Gluchov)
- Walter THURNHERR, attaché, (entretiens avec Ambassadeur Kozyrev, Ministre Ostrovskij et M. Savost'Janov)

o.713.80-HER/SKI

Bern, den 14. März 1990

Konsultationen von Botschafter
Jean-Pierre Keusch (KJP) in
Moskau, 1. und 2. März 1990

Aufzeichnung des Gesprächs mit dem
Ersten Vizeausserminister Voronzov (V)

V äusserte seine Genugtuung über die Intensivierung der sowjetisch-schweizerischen Kontakte. Von KJP auf die inneren Entwicklungen in der Sowjetunion angesprochen, legte er dar, dass es nun notwendig sei, die Schwergewichte von der Politik auf die Wirtschaft zu verlagern. Die UdSSR sei in dieser Hinsicht sehr gerne bereit, Unterstützung und Ratschläge entgegenzunehmen. Hingegen sei es nicht möglich, sich dabei kurzfristig vollständig an westliche Modelle anzulehnen, so wie es eine ganze Reihe von Staaten gegenwärtig fordern. Vielmehr müsse die Sowjetunion die westlichen Vorstellungen an ihre eigenen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten anpassen, um einen evolutionären Wandel zu bewirken.

Was eine mögliche Rolle der Schweiz anbelangt, so könnte sich V eine Unterstützung im Bereich der Managementausbildung und des Bankwesens vorstellen. Gemäss V erfolgte von amerikanischer Seite aus offensichtlich ein Hinweis auf das problematische sowjetische Besteuerungssystem. Er unterstrich deshalb die Bereitschaft, auf diesem Gebiet Ratschläge entgegenzunehmen. Es sei insbesondere eine sinnvolle Besteuerung des Gewinns von privaten Unternehmungen vorzusehen, da die jetzige Regelung ökonomische Aktivitäten stark behindern würde.

Der zweite Teil des Gesprächs widmete sich der Deutschlandfrage, die gegenwärtig die aussenpolitische Hauptsorge der Sowjetunion

darstellt. V bekräftigte, dass das Prinzip des deutschen Selbstbestimmungsrechtes unbestritten sei. Hingegen löse das von Bundeskanzler Kohl bei der Wiedervereinigung angeschlagene hohe Tempo eine erhebliche Irritation aus. Es gehe darum, "Kohl zur Vernunft zu bringen". Angesichts starker konservativer Strömungen gäbe es keine Gewissheit dafür, dass sich die Sozialdemokraten bei den Wahlen in der DDR und der BRD durchsetzen und damit die rasche Bewegung zugunsten der Wiedervereinigung verringern würden. V beharrte darauf, dass Deutschland seine frühere militärische Stärke nicht wiedererlangen dürfe. Eine Eingliederung eines vereinigten Deutschlands in die NATO sei unannehmbar. Die UdSSR strebe eine Demilitarisierung und Neutralisierung an. Von KJP auf den Stellenwert der Neutralität angesprochen, hob V hervor, dass die Schweiz mit ihrer Neutralität Europa ein hervorragendes Beispiel gegeben hätte. Abschliessend unterstrich V, dass das bevorstehende KSZE-Gipfeltreffen Gelegenheit gebe, die Grundlagen für ein neues politisches Selbstverständnis in Europa zu schaffen.

Der letzte Teil des Gesprächs galt der Dritten Welt und der Lage in den Regionalkonflikten. V zeigte sich dessen bewusst, dass die Umwälzungen in Osteuropa in den Entwicklungsländern Unsicherheit ausgelöst hätten. Angesichts der "Rückständigkeit dieser Staaten" sei es notwendig, ihnen mit einem "guten Beispiel" voranzugehen, damit sie hierauf die nötigen Schlussfolgerungen für ihre eigene Entwicklung ziehen könnten.

Hinsichtlich der Regionalkonflikte gab sich V optimistisch. Dank verbesserter internationaler Beziehungen liessen sich überall erhebliche Fortschritte auf dem Weg zu friedlichen Lösungen beobachten. In Afghanistan gelte es, sämtliche Gruppierungen an den Verhandlungstisch zu bringen. Dies sei eines der Hauptziele des sowjetischen Zehnpunkteplanes, der sowohl seitens der UNO wie auch der USA eine gute Aufnahme gefunden hätte. Sofern es nicht gelänge, die Kämpfe im Rahmen von Gesprächen zum Stillstand zu bringen, bliebe wohl kein anderer Weg übrig, als die Waffenlieferungen an alle Konfliktparteien einzustellen. Was das Verhältnis zwischen Iran und Irak anbetraf, läge die Hauptverantwortung für

- 3 -

die Verhandlungsführung beim UNO-Generalsekretär, der einen umfassenden sowjetischen Rückhalt genösse. Der Optimismus von V erstreckte sich auch auf die Entwicklungen im Nahen Osten, wobei KJP jedoch auf jene Faktoren hinwies, die raschen Fortschritten im Wege stehen.

o.713.80 - HER/SMA

Bern, den 15. März 1990

Konsultationen von Botschafter
Jean-Pierre Keusch (KJP) in
Moskau, 1. und 2. März 1990

Aufzeichnung des Gesprächs mit Botschafter A.V. Kozyrev (K),
Chef des Departements für internationale Organisationen

K liess sich bei diesem Gespräch, das Gelegenheit zu einem rund zweistündigen umfassenden Tour d'Horizon gab, von mehreren Mitarbeitern aus den einzelnen Fachbereichen der internationalen Organisationen begleiten.

Beide Seiten drückten ihre Genugtuung über die Verstärkung der sowjetisch-schweizerischen Kontakte auf multilateralem Gebiet aus. KJP erläuterte hierauf die Grundzüge der schweizerischen Politik im UNO-System.

Seinerseits legte K die veränderte sowjetische Haltung in den internationalen Organisationen dar. Die UdSSR sei bestrebt, diese weiter zu entpolitisieren, um sie in möglichst produktive Instrumente für die Bewältigung praktischer Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit zu verwandeln. Die ideologischen Konfrontationen seien überwunden, obwohl sich gewisse Staaten der Dritten Welt dessen noch nicht genügend bewusst wären. Moskau strebe einen konstruktiven, pragmatischen Dialog an und möchte eine neue geschichtliche Etappe beginnen. Dieser Wendepunkt sei klar in der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Resolution an der vergangenen Session der UNO-Generalversammlung zum Ausdruck gekommen. Das neue multilaterale Klima hätte sich auch darin niedergeschlagen, dass das Communiqué über das Treffen der Aussenminister der beiden Supermächte in Wyoming die Forderung nach einer stärkeren

operationellen Rolle der UNO enthielt. Zwischen Moskau und Washington hätten sich regelmässige Konsultationen eingespielt mit dem Zweck, eine bessere Funktionsweise der Weltorganisation zu erreichen.

KJP gab einen Ueberblick über den Ausbau der schweizerischen Beteiligung an friedenserhaltenden Aktionen. Er orientierte über den Stand der Vorbereitungen zur Beantwortung der parlamentarischen Anfrage über schweizerische Blauhelme. K vertrat die Ansicht, dass solche Verbände durchaus mit der Neutralität vereinbar seien. Er unterstrich aber die Notwendigkeit, frühzeitig den UNO-Generalsekretär und alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zu konsultieren, um die politischen Grundlagen für ein solches schweizerisches Engagement zu schaffen.

Ein Mitarbeiter K's erinnerte an die sowjetischen Vorbehalte bezüglich einer Kostenbeteiligung der Schweiz an Aktionen, bei denen sie personell mitwirkt. Die schweizerische Delegation erklärte hierauf, dass die bevorstehende Entsendung von Militärbeobachtern bereits durch freiwillige Leitungen zugunsten der UNTSO abgegolten würde. Sie räumte ein, dass im Hinblick auf die Blauhelmfrage eine spezifische Lösung gesucht werden müsse.

Eine längere Diskussion entwickelte sich über finanzpolitische Probleme. K bekräftigte, dass die Sowjetunion das Prinzip des realen Nullwachstums unterstütze. Dieses gäbe Anstösse für Restrukturierungen und für eine effiziente Gestaltung der Tätigkeit der Organisationen. Er erinnerte zudem an das sowjetische Interesse, sich weiter der Genfer Gruppe anzunähern, war sich aber auch bewusst, dass vor allem die Vereinigten Staaten einer sowjetischen Vollmitgliedschaft noch nicht zustimmen wollten. Ferner äusserte K den Wunsch nach einer besseren Budgetkoordination in den UNO-Spezialorganisationen. Weiter schnitt er die Frage der Uebernahme der sich aus Wechselkursschwankungen ergebenden finanziellen Lasten durch die Gaststaaten internationaler Organisationen an. KJP erinnerte daran, dass die Schweiz bereits seit längerer Zeit für eine Budgetierung der am Platz getätigten Ausgaben in der Lokalwährung (split assessment) eintritt. Damit liessen sich die Kosten

- 3 -

der Wechselkursschwankungen gleichmässig auf alle Mitgliedstaaten und nicht nur auf das Gastland oder gar ausschliesslich auf die betreffende Organisation abwälzen.

Hinsichtlich der politischen Fragen stand der Status Palästinas und der PLO im Vordergrund. K betonte die gemässigte sowjetische Haltung, die in dieser Angelegenheit Konfrontationen vermeiden wolle. Offensichtlich geht es der UdSSR darum, einen Austritt der USA aus den Spezialorganisationen als Folge einer Aufnahme Palästinas zu verhindern. K deutete an, dass die Sowjetunion an der bevorstehenden Konferenz der Weltgesundheitsorganisation im Mai 1990 in Genf wieder in diesem Sinne agieren werde.

KJP bestätigte die Disponibilität der Schweiz - insbesondere Genfs - als Konferenzort und Sitz internationaler Organisationen. K äusserte sich anerkennend über Genf, das für die Sowjetunion zugleich ein Zentrum bilateraler und multilateraler Verhandlungen bilde. Auf die sektorielle Arbeitsteilung mit Wien angesprochen, verwies die schweizerische Delegation auf die Rolle Genfs für die Wirtschaftsdiplomatie, die Menschenrechte, die Umwelt und die Abrüstung.

KJP griff abschliessend die hängige Frage des Erwerbs eines Grundstückes durch die sowjetische Mission in Genf auf. Er lud K ein, das jüngste modifizierte Angebot zu überprüfen, bei dem die ursprünglichen Kosten von 60 auf 47 Millionen Franken gesenkt worden waren. K verwies auf die Schwierigkeiten der UdSSR bei der Devisenbeschaffung, zeigte sich aber gegenüber dem Vorhaben als sehr offen.

Am Rande der Gespräche mit K tauchten immer wieder zwei Fragenbereiche auf: das sowjetische Interesse an wirtschaftlichen Organisationen - Bretton Woods Institutionen und das GATT - sowie die Deutschlandfrage. K war daran gelegen, zu beiden Themen schweizerische Äusserungen zu erhalten, obwohl diese Probleme nicht Gegenstand der Unterredungen bildeten.

Gespräch von Botschafter J.-P. Keusch (Ke) mit dem stellvertr. Chef des Departements für Völkerrecht, Minister Ja.A. Ostrovskij (Os), und dem Vertreter des Departements für internationale Wirtschaftsbeziehungen, Botschaftsrat M.J. Savost'janov (Sa), des sowjetischen Aussenministeriums vom 2. März 1990

Angesichts der im Rahmen der UNO-Sondersession der GV zu Drogenfragen verabschiedeten Erklärungen und der vom 9. - 11. April 1990 stattfindenden Drogenkonferenz in London äusserte sich Os. vor allem zur sowjetischen Haltung in diesem Bereich.

Obwohl die Drogenproblematik die Sowjetunion nicht in dem Mass betreffe, wie das in vielen westlichen Staaten der Fall sei, bereite die steigende Drogenkriminalität und der anwachsende Transitverkehr von illegalen Betäubungsmitteln den Behörden immer mehr Anlass zur Sorge (siehe dazu Bericht, Ref. 425.3 - TH/GA vom 5.3.90 zur Drogensituation in der UdSSR).

Man habe eingesehen, dass die damit verbundenen Probleme nur auf internationaler Ebene gelöst werden können. Deshalb wünsche die Sowjetunion auch eine Stärkung der Rolle der UNO-Generalversammlung in diesem Sektor. Die Arbeiten müssten global koordiniert, ausgebaut und effizienter durchgeführt werden. Os. erwähnte namentlich die fehlende Koordination zwischen der HONLEA und anderen ebenfalls betroffenen Nichtmitgliedstaaten. Die UdSSR ihrerseits habe Abkommen verschiedener Art mit den Staaten BRD, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Kanada und den USA unterzeichnet, weitere seien in Vorbereitung.

Es gelte jetzt, die Beratungen in London und den Bericht der nach der Sondersession der GV eingesetzten Expertengruppe abzuwarten. Änderungen in der internationalen Zusammenarbeit müssen vorgenommen, aber gleichzeitig in die optimale Richtung gelenkt werden.

Sa. äusserte sich zu der für den April 1990 vorgesehenen UNO-Sondersession der GV zu Wirtschaftsfragen. Er hoffe, dass es trotz der Terminschwierigkeiten schon im April, im Falle einer Verschiebung aber nicht später als im Mai zu der Session kommen wird. Die wirtschaftlichen Probleme der dritten Welt und in Osteuropa seien wohl Hauptgegenstand der Gespräche. Es gehe der Sowjetunion massgeblich darum, den für die sozialistischen Staaten notwendigen Zugang zur Weltwirtschaft zu erörtern, Reformen in verschiedenen UNO-Spezialorganisationen auszuarbeiten und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern (Beitritt zu den Bretton Woods-Institutionen).

331.1 s.d. - TH/GA
7.3.90

o.713.80-HER/SKI

Bern, den 14. März 1990

Konsultationen von Botschafter
Jean-Pierre Keusch (KJP) in
Moskau, 1. und 2. März 1990

Aufzeichnung des Gesprächs mit Minister Majorskij (M),
Direktion für Internationale Wissenschaftliche
und Technische Zusammenarbeit, über Umweltfragen

M. bekräftigte die These, wonach sich der Umweltschutz neben der militärischen Sicherheit zur zweiten Front für das Ueberleben der Menschheit entwickeln werde. In Anbetracht dessen, dass auf diesem Gebiet irreversible Prozesse im Gange seien, hält es M für möglich, dass der Stellenwert der Umwelt die Bedeutung militärischer Probleme - einschliesslich der Gefahren eines Atomkrieges - überflügeln werde. Deshalb liegt M daran, dass die Weichenstellungen für Umweltschutzfragen im nationalen und internationalen Rahmen auf politischer Ebene erfolgen.

M bestätigte ferner, dass sich die Umwelt in der UdSSR teilweise in einem höchst bedenklichen Zustand befindet. Er bekräftigte deshalb die Bereitschaft zu einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit. Die Sowjetunion lerne gerne von den Erfahrungen anderer. M ist der Ansicht, dass die schweizerischen Kenntnisse im Bereich der Umwelt besonders wertvoll seien.

Für die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 sieht M sechs Hauptaufgaben: eine internationale Strategie für den Umweltschutz, einen Kodex für ökologische Ethik, eine Klimakonvention, ein Instrument zum Schutz der biologischen Vielfalt, Empfehlungen für eine ökologische Erziehung sowie die Regelung der Finanzierung der sich daraus ergebenden Aktivitäten. M äusserte sich anerkennend über die schweizerische Offerte zur Beherbergung des Konferenzsekretariates in Genf. Im weiteren

sieht er in der Wahl des Kanadiers Maurice Strong zum Generalsekretär der Konferenz einen geschickten Schachzug von Perez de Cuéllar. Die UdSSR hat Vertrauen in Strong und hält ihn für durchaus befähigt, die Konferenz zweckmässig vorzubereiten.

Vom KJP auf die institutionellen Belange der internationalen Umweltpolitik angesprochen, vertrat M die Ansicht, dass es zu viele Konferenzen und zu viele Ideen, hingegen zu wenig Taten gäbe. Es gehe darum, die vorhandenen Strukturen so weit wie möglich zu benutzen. Insbesondere bedürfe das UNO-Umweltprogramm, UNEP, einer Stärkung. Angesichts der begrenzten operationellen Mittel des UNEP - etwa im Vergleich zur Meteorologischen Weltorganisation auf dem Gebiet des Klimas - müsse man sich jedoch der Grenzen des Handlungsspielraums dieser Organisation bewusst sein. Hinsichtlich der sowjetischen Vorschläge für die Schaffung neuer Mechanismen im Bereich der Umwelt unterstrich M das Bedürfnis eines koordinierenden Organs. Dabei könne es sich beispielsweise um einen Ausschuss des UNO-Sicherheitsrates handeln. In Anbetracht der sich auf diesem Gebiet konkurrenzierenden Institutionen würde es sich dabei um eine Art "Roi de l'écologie" handeln. Bezüglich der Ausweitung der Umweltaktivitäten der Wirtschaftskommission für Europa, ECE, präziserte M, dass es aus sowjetischer Sicht darum gehe, in einem ersten Schritt Adresslisten mit spezialisierten Fachleuten der ganzen Welt zu erstellen, die bei Umweltkrisen kurzfristig abrufbar wären.

Was die internationalen Abkommen anbelangt, bekräftigte M die sowjetische Ueberzeugung, dass eine Klimakonvention dringend notwendig sei. Dabei müsse es sich um ein Rahmeninstrument handeln, das sich je nach Entwicklung der Bedürfnisse und des Fortschreitens der wissenschaftlichen Erkenntnisse durch Protokolle ergänzen liesse. Wie die Schweiz sei die Sowjetunion durch den Vorstoss der USA zur Einberufung einer Klimakonferenz anfangs 1991 in Washington überrascht worden. Die USA hätten es offenbar unterlassen, ihre Initiative in den Zeitrahmen der übrigen internationalen Klimaveranstaltungen einzugliedern, fände doch Ende 1990 in Genf die zweite Weltklimakonferenz statt.

- 3 -

M erläuterte im übrigen, dass die UdSSR gewillt sei, die Basler Konvention über Sonderabfälle so rasch wie möglich zu unterzeichnen. In Anbetracht der Notwendigkeit, vor diesem Schritt alle Teilrepubliken sowie die davon betroffenen Ministerien zu konsultieren, bedürfe es jedoch dazu einer relativ langen Vorbereitungszeit. Das Aussenministerium werde sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für eine baldige Unterzeichnung einsetzen.

M wird im kommenden April in Genf weilen und wäre daran interessiert, bei dieser Gelegenheit mit den schweizerischen Verantwortlichen im Bereich der internationalen Umweltpolitik zusammenzutreffen.

o.713.80-HER/SMA

Bern, den 14. März 1990

Konsultationen von Botschafter
Jean-Pierre Keusch (KJP)
in Moskau, 1. und 2. März 1990

Aufzeichnung des Gesprächs mit Minister Majorskij (M),
Direktion für Internationale Wissenschaftliche und Tech-
nische Zusammenarbeit, über wissenschaftliche Zusammenarbeit

M legte dar, dass die tiefgreifenden politischen Umwälzungen in der UdSSR vielfältige Auswirkungen auf die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit hätten. Einerseits gäbe es erfreuliche Perspektiven, um die Kooperation mit anderen Staaten wesentlich auszubauen. Andererseits würde sich die Zahl der sowjetischen Akteure - Akademie der Wissenschaften, andere Ministerien, Teilrepubliken - rasch vermehren, so dass es für das Aussenministerium schwierig sei, seine koordinierende Rolle stets wahrzunehmen. Es bliebe ihm deshalb nichts anderes übrig, als diese schwierige Uebergangsperiode zu durchlaufen und dabei die internationalen Gesprächspartner um Verständnis für seine begrenzten Handlungsmöglichkeiten zu bitten.

KJP griff die Frage einer Revision der aus dem Jahre 1974 stammenden Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für Bildung und Wissenschaft und der sowjetischen Akademie der Wissenschaften auf. M zeigte sich gerne bereit, zu diesem Zweck die nötigen Schritte in die Wege zu leiten. Er verwies jedoch darauf, dass dazu nicht nur eine generelle Anregung sondern konkrete Vorschläge seitens der Schweiz vorliegen sollten. Dies könne beispielsweise mittels des Entwurfes einer neuen Vereinbarung geschehen. KJP versprach, diese Anregung an die zuständigen Stellen der Bundesverwaltung weiterzuleiten.

In diesem Zusammenhang richtete Gl. zwei Wünsche an seine schweizerischen Gesprächspartner:

- 1) Ein **Rahmenabkommen** und abgesprochene Kulturprogramme würden ein Minimum an Kontakten garantieren, ohne irgendwelche parallel laufenden Aktivitäten zu behindern oder gar auszuschliessen;
- 2) Die Sowjetunion möchte endlich aus seiner Isolierung ausbrechen und dem kulturellen Europa angehören, m.a.W. Moskau wünscht dem **Kulturabkommen des Europarates** beizutreten. Besonders interessiert ist die Sowjetunion an einigen im Kulturabkommen vorgesehenen Optionen:
 - Anerkennung der Diplome
 - Restauration von Kulturgütern
 - Kulturprogramme (z.B. Erasmus-Programm)

K. begründete die aus schweizerischer Sicht erwachsenden Vorbehalte gegenüber Kulturabkommen mit dem nicht sehr erfolgreichen Versuch in diesem Bereich mit Ungarn. **Regelmässige Konsultationen** sind nach K. einem Kulturabkommen vorzuziehen. Zu diesem Zweck lud K. die sowjetische Seite nach Bern ein, um konkrete Projekte zu besprechen.

Gl. schlug seinerseits vor, eine Art **Programm** auszuarbeiten, in dem die wichtigsten Projekte für die nächsten zwei Jahre festgelegt würden. Dieses Programm soll eine Art Zusammenfassung und Koordination verschiedenster kultureller Aktivitäten ohne irgendwelche Einschränkungen sein.

Kp. ergänzte Gl.'s Erklärungen zum aktuellen Kulturgesehen, indem er die durch die Reformen entstandenen Entwicklungen etwas erläuterte (Dezentralisierung des Kulturlebens, Finanzierung, Besteuerung, Verteilung der Fonds etc.). Kp. empfahl der Schweiz, in der Sowjetunion **Kulturzentren** zu schaffen, die eine ausgezeichnete Möglichkeit böten, die kulturelle Vielfalt der Schweiz zu präsentieren. (Die Erfahrung dieser Botschaft zeigt jedoch, dass alle Länder, die ein solches Kulturzentrum planen oder auch schon den Vertrag unterzeichnet haben, vor unzähligen grossen und kleinen, materiellen und bürokratischen Hindernissen stehen.)

K. bestätigte schweizerischerseits das Interesse von Städten und Kantonen für die Ausweitung der kulturellen Beziehungen. Dennoch kommt nach K. vorläufig nur ein **Rahmenprogramm** in Frage, das mit einem entsprechenden Vorspann **auf Regierungsebene unterzeichnet** werden könnte.

- 3 -

K. brachte alle objektiven Gründe vor, die es der Schweiz vorläufig nicht ermöglichen, **Kulturzentren** zu schaffen (föderales System, kulturelle Vielfalt, Budget etc.). Zur Zeit steht nach K. eher die Schaffung kleiner über ganz Osteuropa verteilter **Dokumentationszentren** zur Diskussion.

Pi. erläuterte eine zusätzliche Schwierigkeit, die bei der Schaffung von Kulturzentren zum Hindernis würde: die kulturelle Beeinflussung der Schweiz durch die Nachbarstaaten mache es fast unmöglich, ein einheitliches Bild der schweizerischen Kultur zu schaffen, das nur für die Schweiz repräsentativ sei.

Gl. sprach davon, dass die Sowjetunion bald 12 Kulturzentren über die ganze Welt verteilt eröffnen werde. Ausserdem sollte in Moskau bald ein "Hammer-Zentrum der Kultur" (das "Hammer-Zentrum" ist das Internationale Handelszentrum) aufgehen; in diesem internationalen Kulturzentrum könnte die Schweiz ja einmal ein Büro auf tun ...

Gl. sprach noch ein konkretes, privatrechtliches, bilaterales Problem an: Oleg Vinogradov, dem Direktor des Leningrader Kirov-Ballett, soll ein Landgut in der Nähe von Genf vererbt werden mit dem Gedanken, diesen Besitz in ein internationales Tanzzentrum umzuwandeln.

Pi. und H. erläuterten Gl. den Rechtsstand (Lex Furgler), meinten aber, eine Ausnahmeregelung sei möglicherweise zu finden, am besten unter Zuhilfenahme eines Vertrauensanwalts der sich mit der Schweizerischen Mission in Genf in Verbindung setzt. Es gehe darum, den erforderlichen juristischen Rahmen zu finden.

Heidi Tagliavini

o.713.80-HER/SKI

Bern, den 14. März 1990

Konsultationen von Botschafter
Jean-Pierre Keusch (KJP)
in Moskau, 1. und 2.3.1990

Gespräch mit Minister Jouchov (J), Stellvertretender
Leiter der Nationalen UNESCO-Kommission der UdSSR

KJP erläutert zu Beginn des Gespräches die schweizerische Haltung zu einigen aktuellen Schlüsselfragen in der UNESCO. J nahm zu den dabei angeschnittenen Themen wie folgt Stellung:

Die UdSSR sei ebenfalls der Ansicht, dass die Organisation bezüglich Programme und Personalstrukturen erhebliche Fortschritte gemacht hätte. Die letzte Generalkonferenz im Herbst 1989 habe in dieser Hinsicht erfreuliche Ergebnisse erzielt. Die Sowjetunion beurteile daher auch die Arbeit von Generaldirektor Mayor als positiv. Es wäre jedoch verfrüht, bereits jetzt ein abschliessendes Urteil über die Reformbemühungen fällen zu wollen.

J war auch der Meinung, dass es nicht angezeigt sei, auf die USA Druck auszuüben, damit diese in diese Organisation zurückkehren. Andererseits legt die Sowjetunion grossen Wert auf die Universalität der UNESCO. Sie zögere deshalb nicht, den Vereinigten Staaten die Nachteile ihrer Aussenseiterrolle vor Augen zu halten, um sie auf diese Weise zu einem Wiedereintritt zu bewegen.

Hinsichtlich des Budgets unterstützt die UdSSR das Nullwachstum, das dem Sekretariat wertvolle Anstösse für das Festlegen von Prioritäten vermitteln könne. Im übrigen bekräftigte V das sowjetische Interesse an den UNESCO-Programmen über die Kommunikation. Es äusserte sich in diesem Zusammenhang anerkennend über die Aktivitäten des dafür im UNESCO-Sekretariat zuständigen Schweizer Alain Modoux.

J. sprach sich deutlich dafür aus, dass sich die UNESCO vermehrt kulturellen Fragen in Europa zuwendet. Es lägen mehrere europä-

- 2 -

ische Projekte brach, denen man bisher wegen der prioritären Ausrichtung der Organisation auf die Entwicklungsländer nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt hätte.

Ein längerer Gedankenaustausch entwickelte sich hinsichtlich einer zu schaffenden hochrangigen Kommission mit Experten aus dem Kultur- und Geistesleben, nachdem sowohl die Sowjetunion wie auch die Schweiz in dieser Beziehung gewisse Vorstösse unternommen hatten. V bestand darauf, dass dieses Gremium keine politische Zielsetzung haben und die Befugnisse der Generalversammlung nicht beeinträchtigen sollte. Im übrigen zeigte er sich daran interessiert, diese Angelegenheit wieder aufzugreifen. Vorerst gelte es jedoch abzuklären, ob für die Bildung dieses Gremium ein genügend grosser Rückhalt bestünde. Hierauf wäre dessen Mandat zu umschreiben. Die nächsten diesbezüglichen Schritte sollten gemeinsam von den Delegationen der Schweiz und der Sowjetunion in Paris erfolgen.

V bestätigte, dass die Generalsekretärin der Nationalen UNESCO-Kommission der UdSSR, Frau Botschafter Otunbayeva, die Einladung für einen Besuch in der Schweiz gerne annähme. In Anbetracht zahlreicher Verpflichtungen sei es ihr jedoch gegenwärtig nicht möglich, einen konkreten Zeitpunkt vorzuschlagen. Sofern der Besuch nicht mehr in diesem Frühling stattfinden könne, ergäbe sich am Rande der nächsten Tagung des UNESCO-Rates in Paris im Mai 1990 Gelegenheit für bilaterale Absprachen. Abschliessend kündigte J an, dass gegenwärtig eine Grundsatzrede für Aussenminister Schewardnadse in Vorbereitung sei, die auf programmatische Weise die Schwergewichte in der künftigen Tätigkeit der Nationalen UNESCO-Kommission darlegen würde.